

---

## Machbarkeitsstudie Weserfähren

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert die Deputation für „Mobilität, Bau und Stadtentwicklung“ sowie die Deputation für „Wirtschaft und Arbeit“ auf, der Empfehlung der Gutachter der Machbarkeitsstudie Fährverkehr zuzustimmen und für die Variante B

1. als ersten Schritt: eine vertiefte Grundlagenermittlung: Planung/Kosten für Infrastruktur, Aufbereitung Betreibermodell, Ermittlung Federführung/Trägerschaft, Aufstellung Umsetzungskonzept, politischer Beschluss, Vorbereitung möglicher Vergaben;
2. sowie im zweiten Schritt: Aufbau eines formellen Rahmens, Herstellung Infrastruktur/Anleger, Beschaffung Schiffe, Dialog mit Betreibern, Modellbetrieb Variante B (Dreieck Wendebecken);
3. und in Phase drei: Ausweitung der Variante B auf C, falls der Modellbetrieb erfolgreich ist

in Auftrag zu geben.

### **Begründung:**

Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie Fährverkehr wurden den Beiräten Walle und Gröpelingen am 17.01.2023 vorgestellt. Die Verstetigung und Ausweitung des Fährverkehrs im Dreieck Waterfront – Molenturm – Lankenauer Höft, bisher nur während der Zeit von April bis September und nur an den Wochenenden, ist ein lange gefordertes Ziel der Stadtteilpolitik in Walle und Gröpelingen.

*Barbara Wulff, Senihad Sator und SPD-Fraktion im Beirat Gröpelingen*

---

**Der Stadtteilbeirat Gröpelingen möge beschließen:**

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen fordert den Senator für Kultur und die Senatorin für Kinder und Bildung auf

1. den Schützenhof in Bremen-Gröpelingen als Gedenkort auszubauen,
2. einen Prozess, unter Einbeziehung der Akteure in Gröpelingen, zu beginnen, mit dem Ziel ein Gedenkstätte an der Reitbrake zu errichten, um an die dort gefundenen sowjetischen Kriegsgefangenen zu erinnern, und
3. ein zeitgemäßes Konzept zur Erinnerungs- und Bildungsarbeit zu erarbeiten. Hierzu bekräftigt der Stadtteilbeirat Gröpelingen seinen Beschluss vom 20.04.2022.

*Senihad Sator und SPD-Fraktion im Beirat Gröpelingen*

---

## **Der Stadtteilbeirat Gröpelingen möge beschließen:**

Der Stadtteilbeirat begrüßt die Schaffung und Besetzung einer Stelle für eine:n Beauftragte:n für stadtteil- und quartiersbezogene Angelegenheiten für den Stadtteil Gröpelingen in der Senatskanzlei.

Zur Bewältigung der Herausforderungen in Gröpelingen ist es erforderlich, dass die verschiedenen Senatsressorts und Behörden eng mit der Beauftragten zusammenarbeiten. Daher bittet der Stadtteil Gröpelingen den Senat um Beschlussfassung über die künftige Zusammenarbeit zwischen den Ressorts/Behörden und der Beauftragten.

Folgende Themen sind dabei aus Sicht des Stadtteilbeirates Gröpelingen zu behandeln:

### 1. Problemimmobilien

Für den Stadtteil Gröpelingen wird eine Taskforce „Problemimmobilien“ eingerichtet. Hierin sollen alle in Bezug auf Immobilien ordnungsrechtlich handelnden Behörden beteiligt werden, um konsequent gegen Missstände in Gröpelinger Immobilien vorzugehen. Neben der Anwendung des Wohnraumschutzgesetzes, Wohnungsaufsichtsgesetzes ist insbesondere verstärkt die Bremische Landesbauordnung in den Blick zu nehmen, um gegen sog. Monteurswohnungen vorzugehen. Notwendig wird sein, eine Taskforce „Problemimmobilien“ auf städtischer Ebene zu etablieren, wobei in diesem Fall auf die Erfahrungen in Gröpelingen zurückgegriffen werden kann.

### 2. Eine neue Grundschule für Gröpelingen

Gröpelingen benötigt eine neue Grundschule. Bereits heute ist deutlich, dass die bestehenden und bereits in Bau befindlichen Kapazitäten für die Beschulung von Grundschulkindern nicht ausreichen werden. Quantitativ besteht ein Bedarf an mindestens einer neuen Grundschule. Diese sollte im Ortsteil Lindenhof zwischen der Lindenhofstr. und dem Depot verortet werden.

### 3. Überführung aller Schulen in den gebundenen Ganzttag

Die Gröpelinger Schulen sind allesamt in den gebundenen Ganzttag zu überführen. Außerdem müssen auch Lehrkräfte und sonstige Beschäftigte in den Grund- und Oberschulen im Stadtteil entlastet werden. Weiterhin gilt es, dass Gröpelingen bei der Doppelbesetzung in den Schulklassen prioritär zu behandeln ist. Ziel ist eine durchgängige Doppelbesetzung von der

Kita bis zur Oberschule. Des Weiteren sind Anreize für Beschäftigte analog zu den Kita-Beschäftigten zu schaffen, damit dem Fachkräftemangel entgegengetreten wird und die Beschäftigten entlastet werden.

#### 4. Fachkräfte für Gröpelinger Kitas und Schulen

Der Fachkräftemangel trifft Gröpelinger Kitas und Schulen enorm. Mit verschiedenen Maßnahmen versucht Bremen dem Problem des Fachkräftemangels entgegenzutreten. Wir erwarten in diesem Zusammenhang, dass die Zuweisung von Fachkräften nach Gröpelingen Priorität hat. Darüber hinaus brauchen wir Gesundheitsfachkräfte auch an den Kitas. Durch die Schuleingangsuntersuchung ist feststellbar, dass Gröpelinger Kinder Gesundheitsdefizite aufweisen. Mittels des präventiven Angebots soll dem Phänomen bereits frühzeitig begegnet werden.

#### 5. Wohnraum für Studierende und Auszubildende

Gröpelingen benötigt Wohnraum für Studierende. Hierzu sind insbesondere die städtischen Wohnungsgesellschaften aufgerufen. Mit dem Projekt „StudyBudies“ hat die GEWOBA bereits begonnen, Studierenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Es ist zu prüfen, inwieweit dieses Projekt verstetigt und ausgebaut werden kann. In diesem Zuge halten wir an dem Bau eines Studierendenwohnheims fest. Günstiger Wohnraum für Auszubildende ist auch in Gröpelingen schwer zu finden. Daher ist die Schaffung eines Auszubildendenwohnheims nach Osterholzer Vorbild in den Blick zu nehmen.

#### 6. Bebauungspläne 2071 und 2009 verwirklichen

Die Bebauungspläne 2071 für die Ritterhuder Heerstraße und 2009 für die Korbflechterweiden an der Oslebshauer Landstraße sind auf ihre Aktualität zu überprüfen und umzusetzen. Durch eine Überprüfung soll sichergestellt werden, dass Einfamilienhäuser errichtet werden und genügend Grünflächen frei bleiben. Auch ist zu prüfen, inwieweit Spielplätze dort errichtet werden können. Durch eine Umsetzung der Bebauungspläne können nochmals Zugewinne an Einfamilienhäusern gewonnen werden, um gerade jungen Familien den Kauf von Eigentum zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang ist auch die Ritterhuder Heerstr. zu einer Wohnstraße zurückzubauen. Noch heute ist die Straße als Autobahnzubringer ausgestaltet, was nicht mehr zeitgemäß ist.

#### 7. Stärkung des Umweltverbundes

Wir brauchen eine Taktzeiterweiterung der Buslinien 80 – 82. Gerade durch die Buslinie 82 wird insbesondere der Ortsteil Ohlenhof an den ÖPNV angebunden. Es sollte eine Verlängerung der Linie 82 bis zum Alten Winterweg zu prüfen. Außerdem ist der Oslebshauer Bahnhof zu einer Mobilitätsdrehscheibe weiterzuentwickeln. Dafür muss der Bahnhof an das bestehende Buslinien-Netz besser angebunden werden. Die derzeitige Anbindung ist

unzureichend. Auch wollen wir einen zusätzlichen Halt der RS2 am Oslebshauer Bahnhof. Flankiert kann die Entwicklung durch den bereits beschlossenen Durchstich des Bahnhofstunnels zum Sander-Center und dem Bau eines P+R-Parkhauses beim Kalmsweg. Hierbei böte sich auch die Möglichkeit einen Busbahnhof für die Überlandbusse und dem geplanten Expressbus zur Universität einzurichten, der einen Umstieg zum SPNV ermöglicht. Außerdem ist am Oslebshauer Bahnhof eine Car-Sharing-Station einzurichten. Um die Attraktivität Gröpelingens bei Studierenden zu steigern, ist außerdem die Bahnlinie 5 zur Universität zu verlängern.

In den Industrie- und Gewerbegebieten benötigen wir außerdem ein gut ausgebautes Radwegenetz und eine gute ÖPNV-Anbindung. Daneben ist der motorisierte Individualverkehr umweltfreundlich aufzustellen, wobei der E-Mobilität ein hoher Stellenwert zukommen wird. Aus diesem Grund wird es gerade an Orten, wo Menschen arbeiten, notwendig sein, dass eine entsprechende öffentliche Ladeinfrastruktur vorgehalten wird. Aus diesem Grund muss auch in unseren Industrie- und Gewerbegebieten der Ausbau der Ladeinfrastruktur begonnen werden.

*Senihad Sator und SPD-Fraktion im Beirat Gröpelingen*

Über die Senatskanzlei, Referat 14 / 13  
an die Senatorin für Kinder und Bildung

Gem. § 8 Abs. 4 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter zum Haushalt 2024/2025

## **Haushaltsantrag des Beirates Gröpelingen**

---

### **Sofortige Gründung einer temporären Grundschule**

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, eine temporäre Grundschule im Stadtteil, in einem Bestandsgebäude oder zu errichtenden Containeranlage zum Schuljahr 2023/2024 zu realisieren und im Haushalt 2023/2024 finanzielle Mittel bereitzustellen.

#### Begründung:

Zum wiederholten Mal müssen an den Gröpelinger Grundschulen wieder zusätzliche Klassen eingerichtet werden. Im Schuljahr 2022/2023 wurden an der GS Fischerhuder Straße ein zusätzlicher Klassenverband aufgenommen, zum Schuljahr 2023/2024 ist die Einrichtung eines 5. Klassenverband an GS Halmerweg und GS Fischerhuder Straße vorgesehen. Beide Schulen sind räumlich nicht in der Lage einen fünften Zug aufzunehmen, ohne erhebliche Einbußen in der Qualität ihrer Arbeit hinzunehmen. Schaffung einer Lösung zum Schuljahr 2023/2024 für die betroffenen Schüler:innen durch Beschulung in neuen, angemieteten Räumen durch ein eigenständiges Team oder in der Containerschule wie in Hastedt (Schule am Alten Postweg: neuer Standort Jakobsberg) als eigenständige neue Grundschule.

Der Beirat sieht in den aktuellen Entwicklungen im Stadtteil eine stetig wachsende Zahl an Schülern durch die Erschließung neuer Baugebiete, die Innenverdichtung des Wohnraumes im Bestand, durch den demographischen Wandel und der Zuwanderung in den Stadtteil.

Bremen, 30.01.2023

LL, MR

Fachausschusses „Kinder, Bildung, Sport und Kultur“ des Stadtteilbeirates Gröpelingen

Über die Senatskanzlei, Referat 14 / 13  
an die Senatorin für Kinder und Bildung

Gem. § 8 Abs. 4 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter zum Haushalt 2024/2025

## **Haushaltsantrag des Beirates Gröpelingen**

---

### **Gründung einer Grundschule mit Mensa im gebundenen Ganztag**

Der Beirat Gröpelingen mögen beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert Die Senatorin für Kinder und Bildung auf, eine Grundschule mit Mensa im gebundenen Ganztag im Stadtteil zu gründen in der die temporäre Grundschule des Schuljahrs 2023/2024 weiter geführt wird.

Der Beirat Gröpelingen fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf im kommenden Haushalt die finanziellen Mittel für Planung und Bau im PPP-Verfahren bereitzustellen.

#### Begründung:

Zum wiederholten Mal müssen an den Gröpelinger Grundschulen wieder zusätzliche Klassenverbände eingerichtet werden. Im Schuljahr 2022/2023 wurden an der GS Fischerhuder Straße ein zusätzlicher Klassenverband aufgenommen, zum Schuljahr 2023/2024 ist die Einrichtung eines 5. Klassenverband an GS Halmerweg und GS Fischerhuder Straße vorgesehen.

Momentan fehlen die überwiegenden Schulplätze im Einzugsgebiet der GS Pastorenweg und GS Fischerhuder Straße, daher ist ein Standort zwischen dem Heerstraßenzug und der Hafенrandstraße vorrangig zu betrachten. Die meisten Grundschulstandorte liegen aber auf der anderen Seite des Heerstraßenzugs Richtung Rangierbahnhof (östliche Richtung). Die Einzugsgebiete der Schulen wurden in den letzten Jahren immer wieder den aktuellen Gegebenheiten angepasst. So entstanden die für die SuS teilweise langen Wege, Pendelverkehre und Elterntaxis.

Der Beirat sieht in den aktuellen Entwicklungen im Stadtteil eine stetig wachsende Zahl an Schülern durch die Erschließung neuer Baugebiete, die Innenverdichtung des Wohnraumes im Bestand, durch den demographischen Wandel und der Zuwanderung in den Stadtteil.

Bremen, 30.01.2023

LL,MR

Fachausschusses „Kinder, Bildung, Sport und Kultur“ des Stadtteilbeirates Gröpelingen

---

Gem. § 8 Abs. 4 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter zum Haushalt 2024/2025

### **Haushaltsantrag des Beirates Gröpelingen**

#### **Der Stadtteilbeirat Gröpelingen möge beschließen:**

Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau wird aufgefordert, sich für eine dauerhafte Erhöhung der Haushaltsmittel für die Straßenerhaltung im Doppelhaushalt 2024/2025 einzusetzen bzw. diese in den vorzulegenden Eckwerten entsprechend zu berücksichtigen.

#### **Begründung**

Die Haushalte 2022/2023 sahen für das gesamte Bremische Straßennetz zur Straßenerhaltung ein Budget von jeweils 18,5 Mio. € (inkl. einer größeren Maßnahme) vor. Hiervon sind vom Amt für Straßen und Verkehr Leistungen für Fahrbahnmarkierungen, Beschilderungen, Fahrradbügel, zur Erhaltung der Verkehrssicherheit, Radverkehr u. a. zu finanzieren. Jedem der 10 Erhaltungsbezirke steht somit ein jährliches Budget von ca. 1,5 Mio. € zur Verfügung. Die vorgenannten Leistungen werden z. T. durch die Verkehrsbudgets der Beiräte querfinanziert. Gleichwohl genügt das Budget nicht, um insbesondere groß angelegte Sanierungen vorzunehmen. Diese müssen im Vorfeld angemeldet und im Haushalt berücksichtigt werden.

*Senihad Sator und SPD-Fraktion im Beirat Gröpelingen*



## **Sachstandsanfrage zum Übergangwohnheim Schiffbauerweg 6**

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat fordert die Senatorin für Soziales auf, den Beirat über den Fortgang der Einrichtung des Übergangwohnheimes (ÜWH) sowie die Entwicklungen am Standort zeitnah zu unterrichten.

### Begründung:

Auf der Fachausschusssitzung „Soziales, Gesundheit, außerschulische Kinder- und Jugendarbeit, SeniorInnen und Inneres“ des Beirates am 30.11.2022 hatte der zuständige Abteilungsleiter für eine Unterbringung von 40 unbegleiteten minderjährigen Jugendlichen u.a. zugesichert,

- verzuglos für eine engmaschige Betreuung sowie für die Organisation eines Sprachunterrichts zur Befähigung für Schule, resp. Ausbildung Sorge zu tragen.
- im Benehmen mit der Schulbehörde ausreichend Schulplätze für deren Altersstufe bereitzustellen, sowie
- eine adäquate medizinische Versorgung der Jugendlichen zu garantieren.

Darüber hinaus hatte der Beirat zur Bedingung für seine Einwilligung der Unterbringungsmaßnahme gemacht, keine Turnhallen mehr in Dienst zu nehmen und keine Einquartierungen im Stadtteilgebiet mehr zuzulassen, die den regulären Anteil des sog. „Königsteiner Schlüssels“ überschreiten.

Eine Inaugenscheinnahme des ÜWH wurde für den Zeitpunkt ab Übergang der Schlüsselgewalt für das ÜWH durch die Sozialbehörde zudem ausdrücklich zugesichert und sollte, sofern möglich, nunmehr durchgeführt werden.

Der Beirat dringt außerdem auf einen Zwischenbericht, um zu erfahren, wie es sich um die Umsetzung der Beiratsforderungen verhält.

CDU- Fraktion  
Ute Pesara